

Bezugspreis: Für den Monat Oktober 250.- M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 246.- M. für das übrige Ausland 248.- M. Postbestellungen ergehen an Verleger, Dänemart England, Irland, Finnland, Frankreich, Holland, Ostland, Venedig, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit', der Unterhaltungsbeilage 'Heimwelt' und der Beilage 'Erdkunde und Fremdsprachen' erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montage einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Kontrahentenzeile kostet 60.- M. Restzeile 300.- M. 'Kleinanzeigen' das erstgedruckte Wort 14.- M. (zufällig zwei getrennte Worte), jedes weitere Wort 12.- M. Stellenanzeigen und Stellenangelegenheiten das erste Wort 8.- M. jedes weitere Wort 6.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 20.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 11, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Größtens bis 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Dönhofs 292-295
und 2506-2507

Freitag, den 20. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Interaten-Abteilung: Dönhofs 2506-2507

Lloyd George gestürzt.

Konservativer Konferenzbeschluss gegen die Koalition. — Die ganze Regierung zurückgetreten. — Bonar Law mit der Kabinettsbildung betraut.

London, 19. Oktober abends. (WTB.) Der König hat das Abtrittsgebet von Lloyd George genehmigt.

London, 19. Oktober, 6 Uhr abends. (Reuter.) Die Regierung hat beschlossen, sofort zurückzutreten.

London, 19. Oktober, 7.53 nachmittags. (Reuter.) Dem Vernehmen nach hat Bonar Law den Auftrag, ein Kabinett zu bilden, angenommen.

London, 19. Oktober, 3.45 nachmittags. (Reuter.) Der König ist heute nachmittag hier eingetroffen. Lloyd George wird, nachdem er sich mit seinen Kollegen besprochen haben wird, vom König empfangen werden. Inzwischen sind Leslie Wilson, der hauptverantwortliche der Unionisten, der Handelsminister Baldwin, der Minister für Landwirtschaft und Fischerei, Griffith-Boscawen und Amercy, bereits zurückgetreten.

London, 19. Oktober, nachmittags. (WTB.) Die heutige Konferenz der Unionisten sah mit 186 gegen 87 Stimmen eine Entschliessung, die besagt, die konservative Partei sei zwar Willens, mit den Koalitionsliberalen zusammenzuwirken, sollte aber der Wahlkampf kommen, so werde sie ihn als unabhängige Partei mit eigenen Führern und eigenem Programm durchführen.

Die Londoner Telegramme, deren entscheidende an die Spitze gestellt sind, zeigen in ihrer zeitlichen Reihenfolge die letzten ursächlichen Zusammenhänge der englischen Regierungskrise. Die Konferenz der Unionisten — es handelte sich um eine engere Körperschaft, ein größerer Parteikonferenz sollte demnächst zusammentreten — hatte ihre Beratung um 11 Uhr vormittags begonnen. Ihr Beschluss scheint sehr rasch gefasst worden zu sein. Er bedeutet die Aufkündigung des Koalitionsverhältnisses, das die Konservativen (soder Unionisten) mit dem größeren Teil der Liberalen verbunden hatte. Wahlen gelten als unvermeidlich und stehen vor der Tür. Da England keine Stichwahlen kennt, vielmehr gleich im ersten Wahlgang derjenige Kandidat als gewählt gilt, der die meisten Stimmen bekommt, besteht von altersher die Neigung, 'dreiköpfige Wahlkämpfe' nach Möglichkeit zu vermeiden und zwischen einander nahestehenden Gruppen von vornherein gemeinsame Kandidaturen zu verabreden. Wenn die Konservativen beschloffen haben, bei den Wahlen ohne Rücksicht auf ihre liberalen Koalitionsbrüder gesondert vorzugehen, so beweisen sie damit nicht nur ihr Vertrauen zu ihrer eigenen Stärke, sondern auch ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Liberalen, die zwischen den beiden starken Gegnern, Konservativen und Arbeiterpartei, in eine äußerst bedrängte Lage geraten.

Unmittelbar nach der Konferenz, wenn nicht schon während ihres Verlaufs in sicherer Voraussicht ihres Ergebnisses, erklärte ein Teil der konservativen Mitglieder der Koalitionsregierung ihren Rücktritt. Es handelt sich offenbar um jene Mitglieder, die innerlich zur Konferenzmehrheit standen und mit dem Koalitionsgedanken schon gebrochen hatten. Unter den eifrig Zurückgetretenen befinden sich die koalitions-treuen Minister aus den Reihen der Konservativen, wie z. B. Chamberlain, nicht. Zwei Stunden nach diesem teilweisen Einsturz brach das ganze Gebäude der Regierungskoalition zusammen und rief mit seinem Sturz auch den Mann mit, der in der Geschichte Europas seit 1918 die weitaus größte Figur dargestellt hatte: Lloyd George.

England steht in einer großen Krise nicht nur der Regierung, sondern auch seines ganzen Parteiwesens. Für die Neubildung der Regierung und den Ausfall der Wahlen wird es von entscheidender Bedeutung sein, wie sich die Verhältnisse innerhalb der konservativen und der liberalen Partei in den nächsten Stunden und Tagen gestalten werden.

Die Konservativen sind noch ungespalten, aber von Spaltung bedroht. Gelingen es, den bisherigen Koalitionsliberalen einen Teil von ihnen zu sich herüberzureißen, so würden ihre Aussichten, wieder in die Regierung gehen und gute Wahlen machen zu können, dadurch wesentlich verbessert. Noch am Freitagabend waren in der konservativen Partei Verhandlungen lebhaft im Gange, um eine Formel zu finden, die den Zusammenhalt der auseinanderstrebenden Flügel ermöglichen sollte.

Die Liberalen sind gespalten, da ein Teil von ihnen unter Asquiths Führung die Koalition von vornherein nicht mitmachte. Würden jetzt die Koalitionsliberalen — der Rot ge-

horend, nicht dem eigenen Triebe — ihrer unglücklichen Liebe zu den Konservativen völlig entsagen, so wäre damit für eine Wiederannäherung der beiden liberalen Richtungen der Boden geschaffen.

Die bisher regierende Koalition bestand aus 366 Konservativen und 124 Liberalen. 35 Liberale standen mit der Arbeiterpartei, die 76 Sitze hat, in der Opposition. Das war das Ergebnis der 'Khart-Bahlen', auf deutsch: der festgrauen Wahlen, die unter dem unmittelbaren Eindruck des Sieges vorgenommen wurden. Daß jetzt die bevorstehenden Neuwahlen eine ganz andere Zusammensetzung des Parlaments ergeben werden, ist selbstverständlich. Allgemein rechnet man mit einem gewaltigen Aufstieg der Arbeiterpartei. Vor allzu optimistischen Erwartungen warnt aber das Resultat der neuesten Erstausswahl in Newport-Donmouth, wo der Konservative mit 13515 Stimmen gewählt wurde, während der Arbeiterpartei mit 11425 Stimmen als zweiter, der Liberale mit 8841 Stimmen als dritter unterlag. Die Arbeiterpartei hat zwar gegenüber der 'Khart-Bahl' über tausend Stimmen gewonnen, aber die Aufstellung eines unabhängig-liberalen Kandidaten hatte ihr gewaltig Abbruch getan. Die Konservativen verloren nur wenige hundert Stimmen und behaupteten den Kreis. Man geht kaum fehl mit der Annahme, daß dieses unerwartet günstige Ergebnis die Konservativen in ihrer Absicht, gegen die Koalition jetzt den entscheidenden Stoß zu führen, bestärkt hat.

Die Lage ist im Augenblick noch so verworren, daß sich über ihre weitere Entwicklung keinerlei Voraussagen machen lassen. Auch die für uns überaus wichtige Frage, welche auswärtige Politik England künftig treiben wird, ist völlig in der Schwebe. Niemand weiß, von welchen Männern und von welchen Ideen das größte Reich der Erde in der nächsten Zeit beherrscht sein wird, das einzige, was sich mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussagen läßt, ist dies, daß der Kampf der Interessengruppen und Gedankenrichtungen nicht sobald zu einer klaren Entscheidung gelangen wird, daß vielmehr eine längere Dauer der großen politischen Krise zu erwarten ist. Für diese Annahme spricht auch der Umstand, daß diese politische Krise mit einer wirtschaftlichen Krise in engem Zusammenhang steht.

Die Uebernahme der Kabinettsbildung durch den Konservativen Bonar Law bedeutet noch keine Entscheidung. Bonar Law ist der stärkste persönliche Vertreter der stärksten Partei des Unterhauses und er war es, der durch seinen Brief an die 'Times' und durch sein Verhalten auf der Konferenz an dem Sturz Lloyd Georges hervorragend mitwirkte. Die Arbeiterpartei steht ihm mit schärfstem Mißtrauen gegenüber und befürchtet von einer entscheidenden Beeinflussung der auswärtigen Politik durch ihn das Schlimmste. Aber er kann bestenfalls, wenn ihm die Kabinettsbildung gelingt, zunächst nur der Premierminister des Uebergangs und der Wahlen sein, deren Ausgang durchaus unbestimmt ist. Niemand weiß, ob ihr Ergebnis konservative Alleinherrschaft oder Rechtskoalition gegen eine starke Opposition der Arbeiter oder schließlich eine Linkskoalition (unabhängige Liberale und Arbeiter) bringen wird. Davon aber hängt die endgültige Gestaltung der Regierung ab.

So bleibt uns nur übrig, der weiteren Entwicklung der Dinge, die tiefgehende Rückwirkungen auch für Deutschland haben wird, mit gespannter Aufmerksamkeit entgegenzusehen.

Die entscheidende Abstimmung der Konservativen.

London, 19. Oktober. (WTB.) Die heutige Sitzung der Konservativen, welche die Forderung des Rücktritts der Lloyd-George-Regierung zum Beschluß erhob, stand unter dem überwiegenden Einfluß von Bonar Law. Er war der Hauptredner gegen das Weiterbestehen der Koalition. In einer markanten Rede betonte er, die Unabhängigkeit der konservativen Partei sei notwendig, damit das Parlament seine Einigkeit wiedererlangen könne. Diese Erklärung Bonar Laws machte einen großen Eindruck und scheint in erster Linie das Ergebnis der Abstimmung herbeigeführt zu haben. Diese fiel dahin aus, daß sich 186 Mitglieder für seine Unabhängigkeitserklärung aussprachen, während nur 87 Stimmen die Politik Chamberlains für das Weiterbestehen der Koalition billigten. Man erwartet, daß die Wahlen sehr rasch abgehalten werden. Vermutlich werden die Konservativen, die nunmehr ihre Unabhängigkeit erklärt haben, dabei ihr eigenes Programm verfechten. Bonar Law hat allerdings in seiner Rede durchblicken lassen, daß eine Zusammenarbeit mit den Koalitionsliberalen nicht ausgeschlossen sei.

Lloyd Georges Laufbahn.

Mit Lloyd George verschwindet von der politischen Weltbühne — zum mindesten einstweilen — einer der bedeutendsten Staatsmänner der Neuzeit. Dieses Lob werden ihm auch seine schärfsten Gegner nicht versagen können, denn sowohl die Laufbahn wie auch die Leistungen des zurückgetretenen Premierministers sind in vielfacher Hinsicht unvergleichlich, und die Tatsache, daß er vor allem an seinen eigenen Fehlern gescheitert ist, wird niemandem verkennen lassen, daß er zu den Großen gehört, deren Name und Wirken in der Weltgeschichte verzeichnet bleibt.

David Lloyd George ist, wie schon sein keltischer Name zeigt, in Wales geboren, im Städtchen Carnarvon als Sohn sehr bescheidener Leute und verbrachte seine Jugend in recht dürftigen Verhältnissen. Doch mit Hilfe eines etwas wohlhabenden in Schottland lebenden Onkels, zu dem er als Student zog, gelang es ihm, Jura zu studieren und Rechtsanwalt zu werden. Doch sollte die Anwaltspraxis sehr bald nur für ihn eine Nebenbeschäftigung werden, da er sich in der Hauptsache der Politik zuwandte und dank seinem Rednertalent bereits mit 27 Jahren im Wahlkreis seiner Geburtsstadt als Abgeordneter gewählt wurde. Der jetzt Neunundfünfzigjährige ist demnach bereits seit 32 Jahren Mitglied des Unterhauses. Schon sehr bald nach seinem Eintritt in das Parlament war er als erstklassiger politischer Redner allgemein bekannt. Er gehörte der liberalen Partei an, die damals unter Gladstone Regierungspartei war, jedoch bereits 1895 durch die Bildung des dritten Ministeriums Salisbury in die Opposition gedrängt wurde, in dem neben Konservativen auch sogenannte unionistische Liberale saßen. Von dieser Zeit her bis zum Jahre 1903 befand sich Lloyd George mit seiner Partei in der Opposition und wurde wiederholt von ihr als Redner vorgeschickt, insbesondere zur Bekämpfung der allgemeinen Politik der Regierung während des Burenkrieges.

Sozialliberaler und Pazifist.

Im Jahre 1906 trat nach den damaligen Neuwahlen jene bedeutsame Aenderung des Regierungskurses ein, als infolge der Niederlage der Konservativen wieder ein liberales Kabinett unter Campbell-Bannerman ans Ruder gelangte. Doch stand damals Lloyd George auf dem äußersten linken Flügel seiner Partei und bildete zusammen mit Winston Churchill eine sogenannte jungliberale Gruppe, die in mancher Beziehung noch radikalere als die kurz vorher ins Leben getretene Arbeiterpartei. Als nun nach den Wahlen von 1907 sich in der englischen öffentlichen Meinung ein fühlbarer Zug nach links bemerkbar machte, und demzufolge eine Regierung Asquith berufen wurde, da trat auch der verhältnismäßig noch junge Lloyd George als Finanzminister in das Kabinett ein, zum nicht geringen Entsetzen der konservativen und der kapitalistischen Kreise überhaupt, bei denen er den Ruf eines ganz 'Roten' genoß. Das Wirken des Kabinetts Asquith-Lloyd George, in dem Sir Edward Greg Außenminister war, ist in der Tat durchaus fortschrittlich gewesen, indem im Innern bedeutende Sozialreformen durchgeführt und das von den Konservativen erbittert bekämpfte Homerus-Gesetz für Irland tatkräftig gefördert wurde, während auf internationalem Gebiete die Tätigkeit dieses Kabinetts einen ausgesprochenen pazifistischen Zug aufwies. In diese Zeit fallen die zweifellos erhellenden Annäherungsbestrebungen Englands an Deutschland, die in dem Besuch des Kriegsministers Lord Haldane in Berlin gipfelten, und die vor allem an der Verständigungslosigkeit und Beschränktheit der wilhelminischen Diplomatie scheiterten.

Das Kriegskabinett Lloyd George.

Als der Krieg ausbrach, war Lloyd George nicht mehr der ganz Radikale von ehehem und nur drei Mitglieder des Kabinetts, Burns, Morley und Trevelyan, rückten von der Politik Gregs, der zweifellos auch einen Anteil der Schuld am Kriege infolge seiner Unsicherheit trug, ab und traten aus der Regierung aus. Lloyd George und Churchill dagegen schrien sich rückhaltlos für die Kriegspolitik ein, was vielleicht darauf zurückzuführen ist, daß sie seit dem Scheitern der Mission Haldanes an den Friedenswillen Deutschlands nicht mehr glaubten. Doch der pazifistische Aufbruch der Regierung Asquith war in den Augen vieler Teile der englischen Öffentlichkeit, je länger der Krieg dauerte und je kritischer die militärische Lage für die Entente zu werden schien, eine schwere Belastung. Asquith galt, ebenso wie Bethmann Hollweg in Deutschland, als zu lau und sogar die von ihm nach einigem Jögern eingebrachte Vorlage über die allgemeine Wehrpflicht vermochte nicht, ihm das Vertrauen des in nationalstifischer Hinsicht befangenen englischen Volkes zu verschaffen. Die öffentliche Meinung, die damals von der Northcliffe-Press beherrscht wurde, verlangte nach

einem taftkräftigeren Führer und da die hinreichende Bereitschaft von Lloyd George sich jetzt im Sinne des rücksichtslosen Krieges auswirkte, wurde er ganz natürlichweise bei der ersten Gelegenheit (Anfang 1916) zum Ministerpräsidenten ernannt. Er bildete damals ein Koalitionsministerium, in dem neben kriegsanalistischen Liberalen wie Churchill auch zahlreiche Konservative saßen und in das später sogar, als die Lage für die Entente immer schwieriger wurde, auch Führer der Arbeiterpartei eintraten. Die Reden von Lloyd George während des Krieges sind wahre Meisterwerke der Rhetorik, aber auch der Demagogie. Aber sie verstanden es großartig, das Volk zum Durchhalten anzufeuern, so z. B. seine berühmte Rede im Juli 1917, als nach der russischen Revolution eine Welle der Kriegsmüdigkeit über England ging, jene Rede, in der er das Beispiel des Hochtouristen anführte, der kurz vor dem Gipfel der Ermüdung zu unterliegen scheint, das Umkehren erwägt und sich schließlich bei dem Gedanken an die herrliche Aussicht, die ihm oben bevorsteht, doch noch aufrichtet und das letzte Stück des mühsamen und gefährdeten Weges erklimmt.

Die Wahl-Wahlen.

Der Fehlschlag des rücksichtslosen Uboortkrieges, der England nur verhältnismäßig geringe Schwierigkeiten verursachte, dafür aber das amerikanische Millionenheer auf die Schlichtfelder Europas Seite an Seite mit den Alliierten brachte, sollte ihm recht geben. Als Deutschland im Herbst 1918 geschlagen die Waffen niederstrecken mußte, da war Lloyd George der populärste Mann in England, genau wie Clemenceau in Frankreich. Unter geschicktester und rücksichtslosster Ausnutzung der Siegerstimmung ließ Lloyd George Neuwahlen vornehmen, an denen sich das Heer beteiligen durfte (daher der Name Wahl-Wahlen). Es gelang Lloyd George für diese Wahlen einen mächtigen Block zu bilden, der, bis auf die Linksliberalen unter Asquiths Führung, das gesamte Bürgertum umfaßte. Konservative und Liberale einigten sich über gemeinsame Kandidaten in allen Wahlkreisen gegen die aus Linksliberalen und Arbeiterparteiern bestehende Opposition. Ebenso wie dieser Block selbst das Werk von Lloyd George war, ebenso gab er ihm seine Stützworte für den Wahlkampf aus. Und diese Parolen lauteten in der Hauptsache: „Der Kaiser muß gehängt werden und die Deutschen müssen bezahlen bis zur Grenze ihres Vermögens!“ Auf das im Siegesrausch befangene englische Volk, namentlich auf die Soldaten, verfehlte diese Demagogie ihre Wirkung nicht. Das Ergebnis der Wahlen war ein Triumph für Lloyd George, denn die Koalition erhielt etwa fünf Sechstel aller Mandate. Für die Asquith-Liberalen, deren Führer selbst damals durchsichtig, und noch mehr für die Arbeiterpartei, deren beste Köpfe, wie Henderson, Mac Donald, Jowett, Snowden, auf der Strecke blieben, war dieses Resultat dagegen eine Katastrophe, wobei allerdings deren wirkliche Stimmenzahl infolge des ungerechten englischen Wahlsystems bei der Mandatsverteilung gar nicht zum Ausdruck kam.

Verprechungen und Wirklichkeit.

Mit der Pariser Friedenskonferenz begann aber für Lloyd George die Zeit, in der er vor dem Dilemma stand, entweder Parolen zu verwickeln, deren Unmöglichkeit er selbst erkannte, oder abzublauen und den Weg der Realpolitik zu betreten. Bereits bei der Ausarbeitung der Friedensbedingungen von Versailles, die unter ununterbrochenem Kampfe mit Clemenceau vor sich ging, machte er schäuderhafte Versuche, von seinen Verprechungen loszukommen. Da erwuchs ihm aber ein fürchtbarer Gegner in der Person von Lord Northcliffe, der die wichtigsten englischen Blätter und damit die Mehrheit des Volkes beherrschte und der ihm den Rückweg zur Vernunft von Anfang an zu versperren versuchte.

Indessen hatte sich das praktisch veranlagte englische Volk verhältnismäßig rasch von seinem Rausch befreit. Bereits im Frühjahr 1919 trat dieser Umschwung bei jeder neuen Erziehung immer deutlicher in Erscheinung. Unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Krise, unter der sowohl die Handelswelt und die Arbeiterklasse immer mehr litten, machte sich besonders im liberalen Teil der Koalition ein Bestreben bemerkbar, den Versailler Vertrag zu revidieren.

Für Lloyd George, der einer der Schöpfer dieses Friedens war, war es natürlich besonders schwer, die Parole der Realpolitik

selbst auszugeben, und er mußte sich begnügen, diese Aufgabe Stückweise und auf Umwegen vorwärtszutreiben. In San Remo, Spa, Boulogne, Cannes und wie die Orte alle heißen, in denen die unzähligen Konferenzen des Obersten Rates stattgefunden hatten, versuchte Lloyd George in allen Fragen mächtig auf Frankreich und im Sinne der Revision zu wirken. Das gelang ihm aber immer nur zu einem sehr geringen Teil. Auch er mußte sich schließlich stets damit begnügen, das Schlimmste zu verhüten, und unterschrieb jedesmal Vereinbarungen, von deren Wohlsein er selbst überzeugt war. Der einst allmächtige Premierminister sah, wie seine Stellung innenpolitisch ebenso wie außenpolitisch immer mehr erschüttert wurde. Unter der Führung von Northcliffe wandte sich ein immer größerer Teil von Konservativen gegen ihn, die Asquith-Liberalen bekämpften ihn nach wie vor, und immer drohender wuchs die Macht der Arbeiterpartei. Die meisten Erziehungswahlen endeten mit einer Katastrophe für die Koalition und mit einem Triumph für die Labour Party. Namentlich die Fortschritte der Arbeiterpartei zwangen ihn, in der Außenpolitik Farbe im Sinne der Revision von Versailles zu bestimmen. Damit wuchs aber zugleich auch die Gegnerschaft der Franzosen gegen ihn. Nach dem Sturz von Briand und seit dem Regierungsantritt Poincarés gewann der kombinierte Kampf der Northcliffe-Presse und der französischen Regierung gegen ihn zusehends an Schärfe. Auch im Innern Großbritanniens wuchsen die Schwierigkeiten immer mehr. Zu der Arbeitslosigkeit kam noch das irische Problem hinzu. Einen Augenblick lang, als es nämlich dank der mit Geschicklichkeit gepaarten Fähigkeit von Lloyd George gelungen war, die irische Frage befriedigend zu lösen, da schien es, als ob sich seine Stellung befestigen würde. Hätte er damals Neuwahlen ausgeschrieben, wie man ihm vielfach nahelegte, dann wäre er vielleicht noch als Sieger hervorgegangen. Er verstand jedoch diese Gelegenheit nicht auszunutzen, und nun hatte er zu einem letzten großen Schlag aus: die Konferenz von Genua.

Genua, Abstieg und Sturz.

Als er in der Eröffnungssitzung im Palazzo San Giorgio jene allgemein mit Spannung erwartete Rede hielt, da sprach er wie ein Mann, der weiß, daß er seine letzte Karte ausspielt. Wie ein Rehräuber kamen die pathetisch vorgebrachten Worte: „If we fail... immer wieder vor. „Wenn wir scheitern“, sagte er, „dann ist die Kultur Europas bedroht, dann nähern wir uns dem Chaos.“ Aber jeder Zuhörer wußte, daß er damit vor allem meinte: „Wenn die Konferenz scheitert, dann sind meine Tage als Ministerpräsident gezählt.“

Die Konferenz ist gescheitert. Das Chaos in Europa hat sich tatsächlich verschlimmert, aber auch Lloyd Georges Stellung wurde immer unhalbarer. Die Rebellion im konservativen Lager gewann immer mehr an Ausdehnung, ebenso die Anziehungskraft der Arbeiterpartei auf die unter den Folgen von Versailles leidenden Massen des englischen Volkes. Es fehlte nur noch der äußere Anstoß, um der Krise einen akuten Charakter zu verleihen. Dieser Anstoß war die griechische Katastrophe im Orient und das ungeschickte Auftreten von Lloyd George gegen den siegreichen Mustafa Kemal. Die Arbeiterpartei beschuldigte ihn mit Recht, England ohne Not beinahe in den Krieg gestürzt zu haben und die Konservativen konnten ihm mit ebensolchem Rechte vorwerfen, Großbritannien isoliert zu haben. Die Rede in Manchester am vorigen Sonnabend war ein letzter Versuch, das Schicksal abzuwenden, aber sie konnte doch nicht mehr sein als ein glänzender Schwanengesang.

Der Eindruck in London.

London, 19. Oktober. (WZ.) Der Rücktritt der Regierung erregt, obwohl er nach dem Ergebnis der unionistischen Zusammenkunft im Carltonklub erwartet wurde, ungeheures Aufsehen. Die Blätter nennen das Ergebnis der konservativen Versammlung den Todesstoß für die Koalitionsregierung und weisen darauf hin, daß in der kurzen Zeit von zwei Stunden eine Zusammenkunft konservativer Parlamentsmitglieder, die von Chamberlain eigentlich dazu einberufen worden war, um seine Politik anzunehmen, ihn über Bord geworfen und die Unabhängigkeit der Partei hergestellt habe. Lloyd George hat dem König an-

geraten, Bonar Law aufzufordern, die Regierung zu bilden. Man erwartet, daß nach der Bildung der neuen Regierung unter Bonar Law das Parlament aufgelöst wird und Neuwahlen anberaumt werden.

Als Lloyd George heute nachmittag vom Buckingham-Palast, wo er dem König sein Rücktrittsgesuch unterbreitet hatte, nach Downing Street zurückkehrte, erwartete ihn dort im Flur eine Abordnung von Bergarbeiterdelegierten unter Führung von Hodge, die für heute nachmittag zu einer Unterredung mit dem Premierminister eingeladen worden war. Lloyd George begrüßte die Abordnung mit den Worten: „Ich bin nicht der Premierminister!“ Wie verkauert, kann angenommen werden, daß einige unionistische Minister auch weiterhin zu Lloyd George stehen werden, der, was durchaus nicht unmöglich erscheint, nach Uebernahme der Regierung durch den neuen Premierminister eine neue Partei bilden wird. Bemerkenswert ist, daß die politischen Reden, die Lloyd George in Leeds und in der Guildhall zu halten beabsichtigt, nicht abgesetzt werden.

Die russisch-französischen Beziehungen.

Moskau, 19. Okt. (WZ.) Die Moskauer Presse veröffentlicht eine längere Auslassung Lenins über die russisch-französischen Beziehungen. Lenin erklärt, Räterussland und Frankreich seien darauf angewiesen, das europäische Gleichgewicht aufrecht zu erhalten; eine Besserung ihrer Beziehungen sei daher wünschenswert. England verlege in der orientalischen Frage gleichzeitig die Interessen Frankreichs und Rußlands.

Krach in der KPD.

Paris, 19. Oktober. (EP.) Der kommunistische Kongreß ist heute ein Uhr nachmittag geschlossen worden, nachdem mit 1150 gegen 800 Stimmen (nach Moskaus Gebot. Red. d. W.) der Ausschluß von Versaill und Rapoux beschlossen worden war. Zum Vorsitzenden des Parteivorstandes wurde Cachin gewählt und eine Resolution Trotski-Souvarine zur politischen Lage angenommen.

Kommunistische Drohung.

Nachklänge zur Zirkus-Veranstaltung.

Eine vom sogenannten Fünfundzwanziger-Ausschuß der Berliner Betriebsräte am gestrigen Donnerstag nach der „Neuen Welt“ einberufene Betriebsräteversammlung beschloß sich mit den Vorgängen am Zirkus Busch und mit den im Anschluß daran vorgenommenen Verhandlungen.

Zwei Redner erstatteten dann den Bericht der Betriebsräte-Delegation, die gestern im Landtag erschienen war. Minister Evening, so erklärten sie, den man herbeigeht, damit er der Delegation Rede und Antwort stehe, habe es abgelehnt, diese zu empfangen. (Stürmische Plutur. Zuruf: „Recht!“ „Lump!“) Die Delegation habe dann die Absicht gehabt, in den Sitzungssaal hineinzuströmen, habe aber auf Zuraten der kommunistischen Fraktion davon Abstand genommen, um sich nicht des Bandfriedensbruches schuldig zu machen.

Im Auftrage der Angestellten und Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke verlas dann Jernow eine Resolution, in der die Elektrizitätsarbeiter für den Fall, daß die Verhältnisse nicht freigeschaffen würden, den schärfsten Kampf mit allen Konsequenzen ansetzen. Derselbe Redner berichtete dann auch über die Verhandlungen der Elektrizitätsarbeiter mit Oberregierungsrat Weiß und Polizeipräsident Richter. Auf den Hinweis, daß am letzten Sonntag die Arbeiter doch gerade auf Grund des Schugrieges den Aufmarsch der Reaktionen verhindern wollten, habe der Polizeipräsident erklärt, er sei gegen jegliche Selbsthilfe der Arbeiterschaft und werde sie mit allen Mitteln unterdrücken.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden dann die technischen Einzelheiten der am 6. November vorzunehmenden Wahlen zum Reichsbetriebsrätekongreß erörtert.

Deutschsüdwestafrika wird von der Südafrikanischen Union als Mandatort des Völkerbundes verwaltet. General Smuts hat sich aber längst unzweideutig für Annexion ausgesprochen, ebenso der Administrator des Schuggebietes. Auf der Genfer Völkerbundtagung ist diese Haltung kritisiert worden.

Feierabend.

Es ist hart hinter der letzten Vorortstation. Der Zug rattert einwärts durchs Land. Das Weite vierter Klasse ist dichtgedrängt von Menschen. Die großstädtischen Arbeiter haben den Wagen meist verlassen. Nun blinzelt das gelbe Deckenlicht flackernd über Brüste und Fenster und Menschen.

Wenn die Kartoffelernte zur Reife geht, senken sich die Herbstabende trübe auf das Land. Draußen tanzen im letzten Dämmerlicht noch immer die dunkelgrünen Birken vorüber. Die Menschen im Wagen hocken humpf und müde hinter ihren Kiepen und Säden, die prall mit den braunen Erdknollen gefüllt sind. Das Licht tänzelt über die scharfgeschnittenen Züge der weiterbraunen Gesichter. Es tänzelt über die weißen und bunten Kopftücher der Frauen, es tänzelt über das graulose Eisen der Kartoffelhacken, an denen hier und da noch braune Erdklumpen kleben.

Dicht aneinandergedrängt sitzen und stehen sie in der fröstelnden kühlen Luft des Wagens. Keiner spricht. Aber dann flattert doch summend von Mädchenlippen eine feine Melodie auf. Ein paar halbwegsige Burschen fallen ein. Erst scheu, in verhaltenen Tönen, gleichsam tastend. Und dann wird der Sang lauter, feiler. Andere singen mit. Die getragene Schwermut eines Volksliedes füllt den Raum. Ungeschulte Kehlen singen. Die hohen Stimmen der Frauen werden getragen von den tiefsten Klängen der singenden Männer.

Die Andacht des Liedes hat die Singenden ganz erfüllt. Mit zurückgedrängten Köpfen und weitgeöffneten Mäulern singen sie. Ihre großen Augen, in denen jetzt ein feuchter Glanz schimmert, träumen aus der Wagenenge hinaus in blühende Weiten. Eine warme Anbrunst durchzittert jeden Klang. Und das gelbe Licht flackert über die verzückten Gesichter, vertieft die Schatten mit einem braunen Unterton, hebt alle Rundungen der Körper hell heraus, verschärft jede Linie, wandelt selbst das Flüchtige in Körperliches um. Ein junges Mädchen hat das Kopftuch heruntergerissen. Nun wälzt das Licht um das braune Goldblond seiner Haare. Bei jedem Ton, bei jedem Rattern des Wagens wiegt sich ihr Oberkörper schaukelnd hin und her, daß er zum sichtbaren Rhythmus des vorgetragenen Liedes wird.

Strophe folgt um Strophe. Nur selten setzt einer aus. Das Lied ist alt. Es ist von Generation auf Generation gekommen; es muß allen gut bekannt sein. Ihr Song, ihre Haltung, ihr Wesen ist ohne Ziel, natürlich, frei von allem Angelernten. Und da wird es uns unerblich klar: Das sind ja dieselben Menschen, wie wir sie aus den Bauernzeichnungen Albrecht Dürers kennen. Nur der Schnitt ihrer Tracht hat sich ein wenig verändert. Die Gesichtszüge, die Bewegungen, die Art des Sich-Bewegens ist die alte. Den braunen Erdknollen heftet noch ein herber Erdgeruch an. Sie gehören zu diesen Angenden Menschen, die sie in eifriger Hast aus der herblichstüchelten Scholle gewühlt haben.

Nun ist der Tag zu Ende. Die Knochen sind müde gearbeitet; bald dürfen sie ruhen. Singend geht es heimwärts. Das flackernde Licht will keine Ruhe geben. Bei jedem Räderstoß zuckt es auf. Dann pocht es blühend hell über die verzückten Gesichter der Singenden. Man wird nicht müde, zu laufen. Und es fällt schwer, sich ins Gedächtnis zurückzurufen, daß man kaum ein halbes Hundert Kilometer von der Großstadt entfernt ist.

Eine Grillenberger-Erinnerung.

Am 19. Oktober 1897 tagten in den sechs Berliner Reichstagswahlkreisen große Parteiversammlungen, deren Hauptthema die Verhinderung des Hamburger Parteitag war. Noch vor Eintritt in die Tagesordnung machten die Einberufer eine traurige Mitteilung: Karl Grillenberger war nicht mehr am Leben, und erschütterten über sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Der verdienstvolle Organisator der bayerischen Partei, seit 1881 Mitglied des Reichstages, zuletzt auch des bayerischen Landtages, hatte noch am Vormittag in München in der Kammer eine kräftige Rede für die sozialdemokratische Wahlrechtsvorlage gehalten, war auf dem Heimwege vom Gehirnschlag befallen worden und in einem Krankenhaus verstorben. Das unerwartete Ableben des erst neunundvierzigjährigen Mannes traf uns alle schwer.

Am fünfundsiebzigsten Gedenktage seines Todes ist es wohl am Platze, sein Wirken in die Erinnerung zurückzurufen. Da treten uns u. a. die Reichstagsdebatten vom Dezember 1882 entgegen, die sich um die Ausföhrung des Sozialistengesetzes und speziell um dessen § 28 drehten. Von sozialdemokratischer Seite lag nun eine Resolution vor, die die Verhängung des Kleinen Belagerungszustandes über Berlin, Hamburg und Leipzig für ungerechtfertigt erklärte. Volkmar begründete sie einnehmend. Dem Ministerische antwortete der „Sozialminister“ v. Putschker in einer langen Rede, in der er nachzusehen suchte, daß die Sozialdemokratie alles selbst verschuldet habe, besonders durch ihren Angriff auf das Gottesgnadentum und auf die Heiligkeit der Familie und Ehe. Nachdem mehrere Mitglieder bürgerlicher Parteien gesprochen hatten, ergriff Grillenberger das Wort zu einer sehr gründlichen Rede, die ganz seiner forschenden Kampfnatur entsprach. Besonders auf die Frage der Familie und Ehe ging er ein und hob hervor, welche Heuschreck und Scheinheiligkeit in der bürgerlichen Gesellschaft und den sogenannten höheren Kreisen gerade auf diesem Gebiete bestanden und welche Unbilligkeit, Weiblichkeit, Ehedruck und Mißachtung des Weibes in den Schichten der „oberen Zehntausend“ herrschten. Den Höhepunkt erreichten seine Ausführungen, als er das skandalöse Treiben des Grafen Wilhelm Bismarck, des jüngeren Sohnes des Allgewaltigen, annagelte, der in den Reichslanden eine verheiratete Frau aus der „besseren Gesellschaft“ verführte und geschwängert und auf Verlangen seines Vaters Sippengefassen hatte.

Das war ein böser Schlag für die Regierung und ihre Gefolgschaft. Zwar wurde die Resolution abgelehnt, doch war der moralische Sieg auf Seiten unserer Genossen, und Grillenberger hatte den Hauptanteil daran. Die Regierung rächte sich schamlos, indem sie den von ihm in Nürnberg herausgegebenen Arbeiter-Kotizkalender

verbot. Und fortan wurde er immer wieder in kleinlichster Weise verfolgt und schikaniert, blieb aber seiner Sache unerschrocken treu und ging im Reichstage noch oft gegen die Maßnahmen der Regierung vor, beleuchtete namentlich das Treiben der Spione und Späher, von denen er nur allzuoft bebelligt wurde. R. Sch.

„Die Befreiten“ von Bernson. Der Schugverband deutscher Schriftsteller, Gau Thüringen, hat unter dem Namen „Neue Bühne“ in Weimar ein Unternehmen geschaffen, das Werte zeitgenössischer Dichter darstellen soll. Am 16. Oktober fand der erste Theaterabend im Weimarer Residenztheater statt. Man gab „Die Befreiten“ von Bernson. Das Stück ist sehr stark und hatte einen unbestrittenen Erfolg. Bei tatsächlicher Geschehen, wirklicher Handlung ist doch alles Symbol, steht der Gedanke, das Ethos hinter den Dingen.

Schauplatz ist ein Kerker, in dem sich die Handlung abspielt in einem einzigen Akt abspielt. Zur Rechten ein vergitterter Turm, das Rinnen, zur Linken ein zweiter, das Weibergesängnis. In ihm ist Con gefangen. Sie hat ein werdendes Kind in sich befestigt. Um ihr zu helfen hat Adam den Mann, der sie befehligt, niedergeschlagen. So ist auch er eingekerkert. Die „Beiside“ in Menschengestalt eines Aufsehers verkörpert, züchtigt die Gefangenen aufs grausamste. Als „Pfleger“ kommt ins Gefängnis der Mann, den Adam schlug. Er ist nicht mehr der Gleiche wie zuvor. Aus dem Haß hat er die Liebe gelernt, aus den Schreden des Krieges die Schönheit der Hilfe und des Opfers. Mit dem Pfleger kommt der Pfleger, der in den Gefangenen nur die Sünde, das Tier sieht. Der Pfleger läßt die Gefangenen loslassen, er versucht die Zerketteten, Verbitterten den Glauben an sich selbst zu geben. Er will ihnen die innere Freiheit schaffen. Sie wollen und begreifen nur die äußere. Sie werfen den Pfleger nieder und stürmen über ihn hinweg ins Freie. Doch Adam und Con kehren wieder zurück. Ihnen hat der Pfleger die Brücke gebaut, und beglückt stirbt er in ihren Armen, indem er glaubt, schmerzhaft geboren zu werden.

Man würde sehr gehen, wollte man „Die Befreiten“ etwa als Tendenzstück einwerten. Es ist viel mehr als das, es ist ein Kunstwerk, in dem der Dichter einen Anstoß zum Größten setzt. In die Auf-föhrung schloß sich eine literarische Diskussion in dem Kreise des Schugverbandes deutscher Schriftsteller. Henni Lehmann.

Lloyd George und die konservativen Satire. Der neue Kommt Lloyd Georges mit den Konservativen erinnert an die alten Zeiten, in denen der junge heißblütige Finanz- und Sozialminister mit den konservativen „Hinterwäldern“ in heißem Kampfe stand. Der Haß der Tories gegen den radikalen Emporkömmling kam damals auch in zahlreichen Witworten und Anekdoten zum Ausdruck. So kritisierte damals die Scherzfrage: Was ist die Ähnlichkeit zwischen Holland und Lloyd George? Antwort: „Both are damned and lie low.“ Das heißt auf Holland bezogen, es ist eingedämmt und liegt niedrig, auf Lloyd George bezogen, er ist ein verdammter Kerl und liegt gemein. Eine andere Geschichte erzählt, daß eines Tages ein Mann in einen konservativen Klub gekommen sei, der freien einen Mann aus dem Wasser gezogen hatte. Allgemein beschwänzt, erklärt er: „Das ist doch die einfachste Sache der Welt. Ich gehe an der Themse spazieren, sehe einen Mann im Wasser, springe ihm nach, drehe ihn um, um zu sehen, ob er nicht vielleicht Lloyd

Der Ober-Kirchenrat für das Kaisergebet.

„Ein Akt christlicher Teilnahme“.

Der Bund religiöser Sozialisten Deutschlands wandte sich im August d. J. an den evangelischen Ober-Kirchenrat und machte diesen darauf aufmerksam, daß im gottesdienstlichen Gebet vielfach noch des ehemaligen Kaisers gedacht wird. Er ersuchte den evangelischen Ober-Kirchenrat, den Göttsdänken erneut nachdrücklich die Anweisung, die der evangelische Ober-Kirchenrat kurz nach der Revolution in bezug auf die Form des Gebets gegeben hat, in Erinnerung zu bringen. Damals wurden die Göttsdänken angewiesen, die Form des Gebets den neuen Verhältnissen entsprechend zu ändern. Die Antwort, die der evangelische Ober-Kirchenrat nunmehr dem Vorstand des Bundes religiöser Sozialisten Deutschlands am 7. Oktober übermittelt hat, verdient der breitesten Öffentlichkeit bekanntgegeben zu werden. Es heißt da:

„Das fürbitende Gebeten des ehemaligen Kaisers, der zugleich der Träger des obersten Kirchenregiments unserer Landeskirche gewesen ist, stellt als Akt christlicher Teilnahme weder eine Herausforderung vor, noch stellt es die politische Neutralität der Kirche in Frage und unterliegt daher entgegen der dortigen Annahme an sich keiner Beanstandung. Nur die Form und die Fassung der Fürbitte können gegebenenfalls ein Gegenstand der Nachprüfung sein. In dieser Beziehung erkennen wir nach den von uns gemachten Beobachtungen keinen Anlaß, unsere frühere Anweisung allgemein zu wiederholen.“

Diese Antwort stellt eine Herausforderung für alle republikanisch und sozialistisch gesinnten Mitglieder der evangelischen Landeskirche dar. Wir möchten dem evangelischen Ober-Kirchenrat die vor einigen Tagen im Landtag eingebrachte kleine Anfrage des Abgeordneten Kollmann (Drumburg) als Material für seine Beobachtungen an Hand geben. In dieser Anfrage heißt es u. a.:

„Der Pastor Gräbner in Sanikow bei Drumburg, der die Kirchengemeinden Sanikow, Golz und Jomzow zu versorgen hat, betet im Allgemeinen Kirchengebet folgendes:

„Loh Deine Gnade groß werden über Deinen Knecht, Kaiser Wilhelm, über den Kronprinzen und seine Gemahlin und das ganze königliche Haus, insonderheit über den jungen Prinzen Wilhelm; loh ihn ausmachen als Deutschlands Hoffnung und zunehmen an Weisheit, Alter und Gnade bei Dir und den Menschen. . . . Loh Deine Gnade wieder ruhn auf seinen Fürsten und freien Städten.“

So stellt sich der „Akt christlicher Teilnahme“ dar, der nach Ansicht des evangelischen Ober-Kirchenrats „keine Herausforderung“ bedeuten soll. Die republikanisch gesinnte Arbeiter- und Angestelltenschaft, die noch der evangelischen Landeskirche angehört, wird sich danach wohl überlegen, ob sie weiterhin zu einer Institution beitreuen will, die offen für die Wiederkehr der Monarchie kämpft. Die preussische Regierung aber möchten wir fragen, wie lange noch einer derartigen Institution Millionen aus Mitteln der Steuerzahler zur Verfügung gestellt werden sollen.

Hohheit äußern sich . . .

Der „Prinz zur Lippe“ zur Präsidentenwahl.

In der „Deutschen Zeitung“ ergreift ein gewisser Friedrich Wilhelm, der sich den stolzen Titel „Prinz zur Lippe“ beilegt, etwas post festum das Wort zu der Frage der Präsidentenwahl und der Stellung, die die völkischen Kreise dazu einzunehmen hätten. Ein bürgerlicher Kompromißkandidat kommt für den hohen Herrn natürlich nicht in Frage. Eine schon diskutablere Möglichkeit sieht er in der Wahlenthaltung, die er mit dem Satze begründet:

„Wir alle, welche die Ansicht vertreten, daß das gegenwärtige System durch unsere Feinde unter geschickter Ausnutzung revolutionärer Bestrebungen in Deutschland in den Sattel gehoben worden ist, zu dem ausdrücklichen Zwecke, Deutschland desto besser

George ist. Ra, und da es nicht Lloyd George war, habe ich ihn natürlich herausgezogen.“

Später kam der Krieg, die englische „große Koalition“, und aus Haß wurde Liebe. Jetzt bricht aber wieder der alte Haß hervor. So ist es eben in der Politik in England — und anderswo!

Elektrische Klebekraft. Vor kurzer Zeit haben zwei dänische Ingenieure, Schönsen und Rabbe, eine neue elektrische Kraft entdeckt, die man als elektrische Klebekraft bezeichnet, weil ihre Wirkung tatsächlich auf einem Klebeprozess beruht. Man kann sie in einfachster Form erzeugen, indem man auf die platte geschliffene Oberseite eines lithographischen Steines, dessen Unterseite mit einem feinen Metallbelag bezogen ist, eine gleichfalls glatt polierte Messingplatte legt, an der ein Griff angebracht ist, und die beiden Platten mit den Polen einer Spannungsquelle verbindet. Als Folgeerscheinung zeigt sich nun, daß Stein und Messingplatte so fest aneinander kleben, daß, wenn man den an der Messingplatte befestigten Griff anfaßt und in die Höhe hebt, gleichzeitig Stein und Metallplatte emporgehoben werden. Wird eine der Platten unterbrochen, so daß die Spannung vermindert wird, so fallen Stein und Messingplatte sobald wieder auseinander. Der Verbrauch an elektrischem Strom ist hierbei so geringfügig, daß eine Menge von der Größenordnung eines Milliontel Ampere genügt, die elektrische Klebekraft der Metallplatte zu erzeugen.

Nach den jüngsten Meldungen in „Handel und Industrie“ wird nun die elektrische Klebekraft bereits in der Industrie verwendet, und zwar zunächst zur Konstruktion von Rollen, Wappsteinen, Schmelzschmelzern und Laufsprechern. Der Wert der Klebekraft tritt besonders darin hervor, daß man mit sehr kleinem Stromverbrauch große Kraftwirkungen hervorbringen kann, während gleichzeitig der Widerstand der Zuleitungen ziemlich bedeutungslos ist.

Gerhart Hauptmann ist aus Anlaß seines bevorstehenden 66. Geburtstages Ehrenbürger der Stadt Breslau geworden.

Willy Kreidler veranlaßt am 21. Oktober d. J. in der Villahermonie ein Konzert zum Besten des Villahermonischen Orchesters. Das Fortbestehen der Berliner Villahermonie ist gefährdet. Kreidler nimmt daher besonders Spenden für das Orchester entgegen (zu richten an die Konzertdirektion G. Wolff und R. Sachs, Berlin W. 9, Unterstr. 42).

Wiel. Dietrich Schäfer wird in der ersten Hälfte des Wintersemesters an der Technischen Hochschule auf Veranlassung des Ruchensinstituts der Codicille acht Vorträge über Deutsche Geschichte halten. Die Vorträge sind: 1. Die Vorkämpfer gegen die Einwirkung des 19. Jahrhunderts. 2. Die Vorkämpfer gegen die Einwirkung des 19. Jahrhunderts. 3. Die Vorkämpfer gegen die Einwirkung des 19. Jahrhunderts. 4. Die Vorkämpfer gegen die Einwirkung des 19. Jahrhunderts. 5. Die Vorkämpfer gegen die Einwirkung des 19. Jahrhunderts. 6. Die Vorkämpfer gegen die Einwirkung des 19. Jahrhunderts. 7. Die Vorkämpfer gegen die Einwirkung des 19. Jahrhunderts. 8. Die Vorkämpfer gegen die Einwirkung des 19. Jahrhunderts.

Neue Volkswarten in Sowjetrußland. Demnach werden in Sowjetrußland Volkswarten eines neuen händigen Külters ausgegeben, auf denen die Köpfe eines Arbeiters, Bauern und Soldaten abgebildet sind. Zum 8. Jahrestag der Sowjetrepublik werden wieder besondere Jubiläumsmünzen herausgegeben.

auspressen zu können, dürfen doch nicht die Hand bieten zur Verlängerung der Lebensdauer dieses Systems.“

Man wird zugeben, daß diese Ansicht über die Republik einem prinzipiellen Normalgehörn nur angemessen ist. Herr Friedrich Wilhelm ist gleichwohl nicht für Wahlenthaltung. Ihm erscheint als das Gebotene ein „nationaler Kandidat“ (vielleicht er selber), der nach der eigenen Ansicht des Herrn Friedrich Wilhelm zwar nicht siegen, aber doch Gelegenheit geben würde, den gegenwärtigen Umfang der völkischen Anhängererschaft festzustellen.

Mit diesem Vorschlag ist jedoch die Schriftleitung der „Deutschen Zeitung“ ganz und gar nicht einverstanden, sie ahnt offenbar eine Riesensblamage voraus, denn sie schreibt in einem Nachwort:

„Es liegt gar kein Anlaß vor, bei dieser Gelegenheit den gegenwärtigen Umfang der Anhängererschaft des nationalen Gebotens zu zählen“; es würde auch höchst fraglich sein, ob gerade die Präsidentenwahl geeignet ist zu dieser Zählung. Hier können doch, wegen der Aussichtslosigkeit der Sache, große Massen von Wählern einfach zu Hause bleiben.“

Nach den großen Redensarten, die die Völkischen über die „stets wachsende Zahl“ ihrer Anhänger im Munde führen, ist dieses Schwächeeingeständnis ebenso kläglich wie bezeichnend.

Post-Abonnenten

Der „Vorwärts“ kann bei der Post auch monatlich bestellt und bezahlt werden. Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für den kommenden Monat bei dem zuständigen Postamt sofort zu erneuern. Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Reichstag und Getreidepreis.

Im Reichstag erklärte gestern, Donnerstag, die Regierung, daß die Interpellation Stresemann (D. Sp.) über die Vorgänge am Zirkus Busch in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden wird.

In der fortgesetzten Beratung über die Erhöhung des Umlagegetreidepreises

nimmt Abg. Blum (Z.) den Bauern gegen den Vorwurf, er sei allzu egoistisch, in Schutz. Die Landwirtschaft leiste wertvolle Arbeit für die Allgemeinheit. Die Steigerung der Produktion ist nicht durch Zwangswirtschaft zu erreichen. Da der Dollarpreis auch die Produktionskosten der Landwirtschaft beeinflusst, ist die Erhöhung der Umlage Umlagepreise unbedingt notwendig.

Abg. Cuno (D. Sp.): Der Landwirtschaft kann ebensowenig wie einem anderen Stand zugemutet werden, ihre Produkte zu einem Siebzehntel des Marktpreises abzuliefern. Die Folge wäre eine katastrophale Einschränkung des Getreideanbaus.

Abg. Dr. Böhme (Dem.) verlangt von der Regierung intensive Aufklärungsarbeit, um gerechte Beurteilung der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse durch die Bevölkerung zu erreichen. In der Produktionsförderung ist so viel verfaßelt worden, daß die Getreideanbaufläche sehr zurückgegangen ist.

Der Vorschlag der preussischen Regierung zur Stoffhoerzeugung ist begründenswert, weil er geeignet ist, die Produktion zu steigern. Der augenblickliche Preis für das erste Umlagegetreide ist unmöglich; auch der in der Vorlage vorgesehene Preis muß erhöht werden, wenn er ausreichen soll.

Abg. Hegemann (Komm.): Die Agrarier denken gar nicht an eine Steigerung der Produktion, sie schillern die Volkswirtschaft; ihrem Raubbau gegenüber muß das Kontrollrecht der Betriebsräte verankert werden. Ehe wir zugrunde gehen, werden wir Gewalt gegen Gewalt setzen.

Abg. Dr. Heim (Wagner. Sp.) verzichtet auf das Wort, da er nach dem Kommunisten sprechen soll, was der Hebung widerspreche, daß die Redner nach der Stärke der Fraktionen zu Worte kommen sollen. Präsident Lohde betont in einer längeren Auseinandersetzung, die sich an die Erklärung des Abg. Heim schließt, daß die Rednerliste durchaus korrekt geführt worden ist.

Abg. Ledebour (Wider. U. Sp.) spricht gegen die Erhöhung der Getreidepreise. Die Sozialdemokratie müsse aus der Regierung austreten. Aber ihre Minister ließen so an ihren Sesseln, daß sie sich bei der Abstimmung nicht einmal erheben werden. Die große Koalition wird die Folge der Verabschiedung dieser Vorlage sein. Auch gegen die neue Regierungskoalition werden wir (?) mit aller Kraft ankämpfen.

Die Weiterbesprechung wird auf heute, Freitag 2 Uhr, verlegt, außerdem Anfragen, Verlängerung der Demobilisierungsvorordnung, Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten. Schluß 8 Uhr.

Devisenkurse.

	18. Oktober		19. Oktober	
	Käufer (Gold-Russ)	Verkäufer (Silber-Russ)	Käufer (Gold-Russ)	Verkäufer (Silber-Russ)
1 holländischer Gulden	1248.86	1253.15	1128.58	1131.41
1 argentinischer Papier-Peso	1147.10	1152.90	1036.20	1038.80
1 belgischer Franc	219.48	220.55	200.74	201.25
1 norwegische Krone	575.55	578.45	522.84	524.15
1 dänische Krone	644.35	647.65	577.77	579.22
1 schweizerische Franc	852.85	857.15	774.08	775.96
1 russische Mark	75.18 1/2	75.56 1/2	67.96	68.18
1 japanischer Yen	1531.16	1534.84	1348.30	1351.70
1 italienischer Lire	184.16	184.84	121.84	122.15
1 Pfund Sterling	14264.25	14285.75	12858.90	12891.10
1 Dollar	3192. —	3208. —	2808.37	2803.63
1 französischer Franc	236.40	237.60	216.72	217.27
1 brasilianischer Milreis	855.11	858.89	821.59	822.41
1 Schweizer Franc	583.53	586.47	533.83	535.16
1 spanischer Pesta	482.76	485.24	441.94	443.05
100 österr. Kronen (abgef.)	4.43	4.47	3.95	4.02
1 tschechische Krone	104.98	105.52	94.98	95.16
1 ungarische Krone	1.29	1.31	1.18	1.18
1 bulgarischer Leva	21.44	21.50	19.22	19.27

100 Polenmark galten im freien Verkehr etwa 28,75 Br.

Die Demobilisierungsvorschriften.

Im Reichswirtschaftsrat wurde am Donnerstag nach Erstattung des Berichtes des wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Ausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes über Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilisierungsvorordnungen ein Antrag des sozialpolitischen Ausschusses angenommen, der bestimmt:

„Der vorläufige Reichswirtschaftsrat möge dem vorbezeichneten Entwurf zustimmen mit dem Wunsch, die Regierung wolle die in Betracht kommenden Gesetze vorlegen, soweit sie noch nicht eingebracht sind, mit größter Beschleunigung einbringen, insbesondere die Vorlage betreffend Betriebsabbrüche und Betriebsstilllegungen, so schnell, daß sie noch in diesem Jahr vom Reichstag verabschiedet wird.“

Hinzu kommt dann noch ein Zusatzantrag, der eine Beschleunigung auch der Vorlage betreffend Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten verlangt und ebenfalls angenommen wird.

Zur Regelung der Diktandenfrage beschließt der RWB., daß die Gebührentwertung ebenso wie bei der bevorstehenden Neuregelung der Diktandenfrage des Reichstages für die Mitglieder des RWB. berücksichtigt werden müsse.

Es folgt nun der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses zu dem Entwurf eines

Reichsknappheitsgesetzes.

Von allen Seiten wird die Bedeutung dieses Gesetzes für den Bergbau hervorgehoben. Dr. Thissen und Genosse Umbreit als Arbeitnehmer verlangen in Erwartung einer endgültigen Regelung der verbliebenen Streitpunkte Zurückverweisung des Gesetzesentwurfes an den sozialpolitischen Ausschuss. Sie fordern jedoch zugleich die Ermächtigung des Ausschusses, sofort nach seinen Beratungen sein Votum, gleichviel welcher Art, an den Reichstag weiterzuleiten zu dürfen. Ein dementsprechender Antrag Thissen wird angenommen.

Zum Bericht des wirtschaftspolitischen Ausschusses über die Waggongestellung für Kartoffeltransporte liegt ein Antrag des Ausschusses vor, der über mangelhafte Waggongestellung Klage und Abhilfe von der Reichsregierung verlangt.

Ein Vertreter des Ernährungsministeriums erklärt, daß zu Besorgnissen kein Anlaß bestehe, da die Ernte 26 Millionen Tonnen bringe und also die letzte Friedenskartoffelernte beinahe erreiche. Für Brennmasse aber dürfen ebenso wie im Vorjahr nur 20 Proz. Kartoffeln verwendet werden. Geheiratet Sommerland vom Reichsverkehrsministerium erklärte, daß im Oktober täglich durchschnittlich über 5000 Waggons für den Kartoffeltransport gestellt werden. Die Eisenbahnerverwaltung müsse bei der ungeheuren Nachfrage nach Kartoffeln um Geduld bitten. In Berlin sei der Kartoffelstrom so groß, daß sämtliche Bahnhöfe verstopft und nicht genügend Fuhrwerke zum Abtransport aufzutreiben seien.

Der Antrag des wirtschaftspolitischen Ausschusses über die Waggongestellung wird angenommen, und das Haus vertagt sich auf unbestimmte Zeit.

Kein Frauenzuschlag.

Die letzten Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaften über die Umgestaltung der Befolgungsordnung sind befruchtlos geblieben, weil die Regierungsvertreter entgegen den Wünschen der Gewerkschaften an dem prozentualen Frauenzuschlag festhielten. Die unter den Parteien des Reichstages geführten Verhandlungen haben ergeben, daß sich für diesen prozentualen Frauenzuschlag im Reichstag keine Mehrheit findet. Eine aus je einem Vertreter der Reichstagsparteien zusammengesetzte Subkommission wird sich am Freitag vormittag mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Als Ergebnis der Besprechung wird die von den Gewerkschaften geforderte Beseitigung der unsozialen prozentualen Frauenzulage erwartet.

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 19. Oktober. (Z. V.) Die internationale Arbeitskonferenz setzte in ihrer heutigen Besetzung am Vormittag auf Antrag des Vorschlagsausschusses drei Arbeitsausschüsse ein. Der erste, der 30 Mitglieder zählt, wird sich mit der Verwaltung des internationalen Arbeitsamtes, der Festlegung der periodischen Konferenzen und der Geschäftsordnung, der zweite, der ebenfalls aus 30 Mitgliedern besteht, mit den statistischen Erhebungen über Ein- und Auswanderung befassen, der dritte, zwölf Mitglieder, soll die Frage der Abänderung der bisher auf dem Gebiete der internationalen Arbeitsorganisationen abgeschlossenen Abkommen prüfen. Die Wahl der Ausschussmitglieder wird heute nach vorhergehenden vertraulichen Besprechungen in den einzelnen Gruppen erfolgen.

Der Generalbericht des Direktors wird in den nächsten Tagen beraten werden. Von Interesse für Deutschland ist u. a. der Abschnitt über die Sprachenfrage, die Ueberweisung der Beratungen des Ausschusses für Ost-Europäische Länder, die Einleitung des beratenden Ausschusses in Oberösterreich und die Kriegsgesangenenlager in Deutschland. In diesem Punkt hebt der Bericht die befriedigende und korrekte Haltung der deutschen Regierung hervor.

Die Arbeitsorganisationen zu Rußland beschränken sich trotz aller Bemühungen des Arbeitsamtes immer noch auf den Austausch gewisser Veröffentlichungen. Ueber die Lage in Rußland selbst hat der Bericht u. a., daß trotz aller Hoffnungen, über die Rußland noch verfügen mag, und trotz der Tatsache, daß Rußland ein großes Arbeitsgebiet sei, es nicht den Anschein habe, als ob Rußland in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas von großer Hilfe sein könne. Der sichtbare Niedergang der österrussischen Produktion, die Finanzkatastrophe, die allgemeine Verarmung des ganzen Landes, die Auflösung und Zerschlagung der Industriearbeiterklasse ließen nur ziemlich ferne Hoffnungen zu.

Der Protest des Rheinlandes.

Die Reichstags- und preussischen Abgeordneten aus den besetzten Gebieten beschäftigten sich am Donnerstag abend in einer mehrstündigen Sitzung mit den Eingriffen der Rheinlandkommission in die deutsche Rechtspflege. In der Ansprache kam die große Erregung um Ausdruck, die durch das Vorgehen der Rheinlandkommission in allen Bevölkerungsschichten der Rheinlande entstanden ist. Sowohl im Reichstage wie im Landtage werden, wie bereits gemeldet, Interpellationen eingebracht werden.

Verlorene Liebesmüh. Im „Berliner Tageblatt“ sucht Erich Dombrowski den Ansehen zu erwecken, als wenn bei den Verhandlungen über die Reichspräsidentenwahl zwischen den beiden bisherigen sozialdemokratischen Richtungen Differenzen hervorgetreten wären. Er führt als Beweis dafür an: „Dittmann beglückwünschte den Provisionsvorsitzenden Hermann Müller zu den interfraktionellen Besprechungen, und mehr als einmal erlaubte er sich die einschneidende Bemerkung, daß dieser zunächst nur für sich gesprochen und seine persönliche Ansicht zum Ausdruck gebracht habe.“ Demgegenüber sei festzustellen, daß Müller und Dittmann bei den Beratungen völlig konform gegangen sind und Müller selber die frohlichen Wendungen von vornherein als rein persönliche Meinungsäußerungen bezeichnet habe, eine Erklärung, die dann von Dittmann lebhaft bestätigt und von Müller nochmals nachdrücklich betont wurde. Offensichtlich möchte Herr Dombrowski Mißtrauen zwischen die beiden bisherigen Richtungen unserer Partei legen. Man merkt die Absicht und — lächelt darüber.

Der Anschlag auf die preussische Gesundheitsverwaltung in München geht nach offizieller Angabe auf einen wegen Antreue entlassenen Heizer zurück und hat mit Politik (soll heißen mit den bayerischen Faschisten) nichts zu tun.

Gewerkschaftsbewegung

Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz.

(Siehe Bericht in Nr. 491 des „Vorwärts“ vom 17. Oktober.)

Im Anschluß an die Kommissionsberatungen konnte die Vollversammlung am 14. Oktober wieder zusammentreten. Ein von Compers unterzeichnetes Begrüßungstelegramm des amerikanischen Gewerkschaftsbundes wurde freudig aufgenommen.

Prof. Hende tritt als Berichtsbatter der Kommission I für organisatorische Fragen mit, daß ein Bulletin der Vereinigung in deutscher und französischer Sprache dreimal jährlich erscheinen soll. Ein organisatorischer Zusammenschluß der internationalen Vereinigung für gewerkschaftlichen Arbeiterschutz mit den beiden Internationalen für Sozialversicherung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nicht geklärt, doch bestände in der Tat nur die erstgenannte, die sich künftig mit der gesamten Sozialpolitik befassen werde. Die Ratifikation des Washingtoner Abkommens durch die Großmächte steht immer noch aus, es soll daher erneut eine entsprechende Aufforderung an alle Länder gerichtet werden. Reichminister Giesberts betont bei dieser Frage erneut die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Ratifizierung und feiert den Achtstundentag als eine unumkehrliche Errungenschaft der Arbeiter.

Eine lebhaft diskutierte Entschließung über den Antrag der Kommission auf Einberufung eines internationalen Kongresses, der sich gegen die Reaktion auf sozialpolitischem Gebiete wenden soll. Von deutscher Seite setzt sich Aufhäuser für den Antrag ein. Es wird ein Ausschuß gebildet, der die Vorarbeiten für den Kongreß leisten soll; die deutsche Delegation entsendet: Wiffell.

Die Kommission II für das Betriebsrätewesen hat noch Berichte aus Deutschland, Oesterreich und der Tschechoslowakei festgestellt, daß sich die Betriebsräte bewähren haben und der Vorwurf, als hätten sie die Produktion gehemmt, unbegründet ist. In einer Entschließung wird die Vereinigung beauftragt, die eingeleiteten Erhebungen fortzusetzen und das Arbeitsamt in Genf um seine Mithilfe anzugehen. Die nächste Generalversammlung wird sich mit der Erhebung eingehend befassen.

Die Kommission III für den gesetzlichen Arbeiterschutz, über deren Beratungen Aufhäuser berichtet, unterbreitet der Delegiertenversammlung einen umfangreichen Fragebogen, mittels dessen die Rechtslage und die soziale Lage der Angestellten in allen Ländern erfragt werden soll. Die Erhebung wird gleichfalls beschlossen.

Die Kommission IV, die sich mit der Lage der Hafenarbeiter zu befassen hatte, beantragte die Behandlung dieser Frage auf der nächsten Tagung, da das vorliegende Material der Ergänzung bedarf.

Internationaler Kongreß der Bäckerarbeiter.

Am 14. und 15. Oktober tagte in Köln ein Weltkongreß der Bäckerarbeiter, der sich mit dem gesetzlichen Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien beschäftigte. Vertreter waren Deutschland, Frankreich, England, Oesterreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Südschweden, Italien, die Schweiz, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen und Sowjetrußland. Auch das Internationale Arbeitsamt hatte einen Vertreter entsandt. Aus den Berichten der Delegierten ging hervor, daß in allen Ländern der hochwichtigen kulturellen Frage der Nachtarbeit größte Bedeutung beigemessen wird. Genosse Diermeier (Deutschland) referierte über die Notwendigkeit des gesetzlichen Verbots der Nachtarbeit in den Bäckereien. Ein umfangreiches „Manifest an die Bäckerarbeiter der Welt“

fordert diejenigen Bäckerarbeiter, die heute noch Nachtarbeit verrichten müssen, auf, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften sich gegen diese Einrichtung zu wenden. Alle gewerkschaftlichen Organisationen der Bäckerarbeiter werden ersucht, unverzüglich die Aktion zur gesetzlichen Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit einzuleiten und sie mit allen zulässigen Mitteln zu einem siegreichen Ende zu führen. Ein Aufruf „An die Arbeiter“ fordert auf, die von den organisierten Bäckerarbeitern zu treffenden Maßnahmen zu unterstützen und ihnen in den weitesten Kreisen der Bevölkerung bei der Ausflügelungsarbeit weitestgehende Hilfe zu leisten.

Beendeter Textilarbeiterstreik.

Der Streik in den Wirterei- und Strickerbetrieben der Apoldaer, Weimarer und Raumburger Gegend ist am Mittwoch beendet worden. Die Einigung zwischen Arbeitgeber und Textilarbeitern erfolgte auf der Grundlage, daß für die erste Hälfte des Oktober die Säge des gefällten Schiedsspruches Gültigkeit haben, der für männliche Textilarbeiter einen Stundenlohn von 90 M. für weibliche einen solchen von 85 M. vorsah. Ab 16. Oktober sollen dann die Stundenlöhne 102 M. bzw. 88,70 M. betragen.

Der Textilarbeiterstreik in der Gegend von Kassel dauert noch immer an, da über die Wiedereinstellung einer Anzahl entlassener Arbeiter noch keine Einigung zwischen den Parteien erzielt werden konnte.

Ueberstundenstreik im Bankgewerbe.

Am Mittwochabend nahm zu dem am 12. Oktober im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch in den Germania-Festhallen eine stark besuchte Versammlung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten eine Entschiedenheit an, in der die Ablehnung des Schiedsspruches gebilligt und zur Vorbereitung der Anwendung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel die Verweigerung jeglicher Ueberstunden im Bankgewerbe beschlossen wurde. — Wie wir hierzu erfahren, hat der Ueberstundenstreik bereits gestern begonnen. Dieses Vorgehen der Bankangestellten dürfte bei der gegenwärtigen geivannnen Vorklage zweifellos sehr spürbar werden.

Massenentlassungen bei der Reichspost.

In unserer unter obiger Ueberschrift veröffentlichten Notiz, die uns vom Zentralsekretariat der Angestellten zugegangen war, schied uns das Reichspostministerium eine merkwürdige Berichtigung. In unserer Notiz in Nr. 481 vom 11. Oktober hieß es u. a.:

Zum 31. Oktober 1922 ist allen Telephonistinnen im Angestelltenverhältnis — etwa 600 — von den Berliner Fernsprechkütern gekündigt worden. Die meisten gekündigten sind 4 bis 6 Jahre bei der Post beschäftigt; Kriegervwitwen mit Kindern sowie 40- und 50-jährige Angestellte sind darunter.

Die Kündigungen der Angestellten bedeuten angesichts der drohenden Arbeitslosigkeit eine unerhörte Härte. 33 000 zum großen Teil sehr junge weibliche Kräfte hat die Reichspostverwaltung in diesem Jahre zu Beamtinnen gemacht; der größte Teil von ihnen ist erst kurze Zeit bei der Verwaltung tätig. Wenn also wirklich zehntausend Personal bei der Reichspostverwaltung vorhanden ist, so liegt die Schuld einzig und allein an der falschen Personalpolitik des Reichspostministeriums, das nur allzusehr den Wünschen gewisser Beamtenorganisationen nachkommt.

Hierzu „berichtigt“ das Reichspostministerium: „An der Zeit vom Januar bis März 1922, also vor Beginn des laufenden Rechnungsjahres, sind 16 000 Helferinnen im Angestelltenverhältnis zu Beamtinnen angenommen worden. Die zum Teil schon seit Jahren im Post- und Telegraphendienst tätig waren und sich in Dienststellen befanden, wo sie zweifellos dauernd notwendig sind. Dagegen sind im laufenden Rechnungsjahr überhaupt keine Beamtinnen angenommen worden. Schuld an den in Aussicht

stehenden Entlassungen trägt nicht die „falsche Personalpolitik“ des Reichspostministeriums, diese Entlassungen werden vielmehr in der Hauptsache deshalb erforderlich, weil der Erholungsurlaub, zu dessen Durchführung die Aushelferinnen größtenteils angenommen waren, nunmehr beendet ist.“

Es sind also „nur“ 16 000 Helferinnen zu Beamtinnen gemacht worden. Was die Entlassung der Angestellten betrifft, spricht das Reichspostministerium nur von denen, die zur Aushilfe während der Zeit des Erholungsurlaubs eingestellt wurden. Von den seit vier bis sechs Jahren bei der Post Tätigen, die nun entlassen werden sollen, spricht das Reichspostministerium nicht. Und wenn es in der „Berichtigung“ heißt, daß die zu Beamtinnen angenommenen Angestellten „zum Teil“ schon seit Jahren beschäftigt werden, so ist das nur eine indirekte Bestätigung dessen, was wir gesagt hatten: daß der größte Teil der zu Beamtinnen angenommenen Angestellten erst kurze Zeit bei der Verwaltung tätig war.

Kommunistischer „Sieg“ in Remscheid.

In der Kommunistenvereinschaft haben die Kommunisten die Mehrheit in der Verwaltung, im Aufsichtsrat und im Genossenschaftsrat. Da nun vier Mitglieder des Aufsichtsrats, darunter zwei Kommunisten, auscheiden müssen wurde der ganze Verwaltungsapparat in der Dienst der kommunistischen Erobierung der Genossenschaft gestellt. In der Genossenschaftsversammlung am Sonntag trat der kommunistische Parteisekretär Panzer, der für die Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen war, äußerst provozierend auf. Ein Genosse, der sich gegen die kommunistische Macho wandte, wurde durch Geschlächter und Schlägrufe fortgesetzt unterbrochen. Er ließ sich dadurch zu dem Ausdruck hinreißen, daß eine ganze Anzahl der Versammlungsteilnehmer erst kurze Zeit Mitglied sei und mit solchem Gesindel, das hier große Töne rede, müsse sich ein alter Genossenschaftler wie er herumallegen. Darauf ungeheurer Lärm. Der Redner wurde von der Bühne in den Saal gezogen, wo sofort eine große Anzahl Kommunisten auf ihn losstürzten und wie rasend mit den Fäusten auf ihn einschlugen.

Genosse Bühler erklärte dann, daß der Redner weder im Sinne noch im Auftrag der Vereinsten Sozialdemokratischen Partei gesprochen habe. Da aber nach der im Saale herrschenden Stimmung die Gefahr bestehe daß jeder, der eine andere Meinung vertritt, dies nur mit Gefahr für seine Gesundheit und sein Leben tun kann, forderte er die Verwaltung auf, eine neue Genossenschaftsversammlung einzuberufen. Alle aber, denen das Interesse der Genossenschaft am Herzen liegt, möchten den Saal verlassen. Von 541 Anwesenden bei über 11 000 Mitgliedern blieben 323 zurück, die dann einstimmig der kommunistischen Order parieren und in jagungswidriger Weise beschloßen.

5000 M. für den kommunistischen Betriebsratkongreß zu bewilligen und zwei Delegierte zu diesem Kongreß zu wählen.

Streik und Aussperrung im Krupp-Gruson-Werk in Magdeburg erfolgte wegen Lohnverhandlungsdifferezenzen. Die Arbeiterschaft hatte von der Direktion Stellungnahme zu einem kürzlich im Halle gefällten Schiedsspruch gefordert. Die Direktion lehnte dies ab, da sie in Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium stehe. Die Arbeiterschaft legte deshalb gestern mittag die Arbeit nieder, worauf die Direktion die gesamte Belegschaft aussperrte.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug in der letzten Woche 1 356 110 oder 1317 mehr als in der Vorwoche.

Deutscher Bezirksverband. Werkmeister der Rahmen-, Filber- und Schallplatten-Industrie haben Freitag 5 Uhr Versammlung im Rortnehaus, Brandenburger Ufer.

Verantwortlich für den Inhalt: Leit: Victor Schill, Berlin; für Emergent: H. Glode, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3 über 1. Druck.

Bekleidungswerkstätte der Berliner Gewerkschaften G.m.b.H.

Abteilung Warenversorgung

Ein Zeichen unserer Preiswürdigkeit!

Rindbox - Herren - Stiefel	Größe 40—46 pro Paar	Mk. 1990.-
Rindbox- u. Roßchev.-Burschen-Stiefel	Größe 36—39 pro Paar	Mk. 1990.-
Herren-Ulster u. Paletots	1750.- 2100.-	Mk. 850.-
Herren-Paletots mit Samtkragen		Mk. 5500.-
Einzelne Jaeketts		Mk. 595.-

Unsere Verkaufsstellen befinden sich:

1. Zimmerstraße 68
an der Markgrafenstraße
2. Kottbuser Damm 88-89
3. Sebastianstraße 37-38
4. Engelufer 30
5. Jablonskistraße 8
6. Schönhauser Allee 173
Eingang Schwedter Straße
7. Cöpenick, Kaiser-Wilh.-Str. 101
8. Friedrichshagen,
Friedrichstraße 51
9. Wildau, Schwartzkopff-Werke

Geschäftszeit 9-12 und 3-6 Uhr Abgabe nur soweit Vorrat! Ohne Verbandsbuch keine Ware

Die Hezke gegen die Arbeitsnachweise.

Deutschnational-kommunistischer Protest gegen schwarzrotgoldene Fahnen.

In der Stadtverordnetenversammlung gab es gestern eine Abrechnung mit der bürgerlichen Presse, die wegen der Einrichtung von 20 Arbeitsnachweisen für die 20 Verwaltungszonbezirke eine schamlose Hezke gegen die sozialistische Magistratsmehrheit inszeniert hat. Genosse Haf, der die Anfrage der Vereinigten Sozialdemokratischen Fraktion begründete, brandmarkte jenes Treiben als Frechheit und erwiderte besonders dem demokratischen Stadtverordneten Dr. Michaelis auf seine den Magistrat verunglimpfenden Einwürfe im „Berliner Tageblatt“, dem Zeitungskapital sei die Durchführung des Arbeitsnachweisgesetzes un bequem, weil es davon eine Verminderung der Annoncen fürchte. In seiner Auskunft auf die Anfrage stellte Stadtrat Genosse Brühl fest, daß die ersten Angriffe gegen den Magistrat, der nur das Gesetz ausführt und für seine Maßnahmen die Zustimmung des Oberpräsidenten hat, tatsächlich vom Arbeitgeberverband für das Zeitungsgewerbe gekommen sind. — Bei einem Magistratsantrag auf Deduktion von Kosten der nach Anweisung des Ministeriums des Innern für Berliner Schulen angeschafften schwarzrotgoldenen Fahnen gefellten die Kommunisten sich wieder zu den rechtsstehenden Parteien, und um die Weite mit dem Deutschnationalen Koch tobte gegen die schwarzrotgoldene Fahne der Kommunist Dörr. Für ihn sei, antwortete ihm Genosse Dr. Wenzl, das beste ein kalter Wasserstrahl. Bei der Abstimmung wurden die Mittel bewilligt von den Vereinigten Sozialdemokraten, den Demokraten und der Zentrumspartei; gegen die Bewilligung stimmten Kommunisten, Wirtschaftler, Deutsche Volkspartei und Deutschnationales. Ein Teil der Volkspartei drückte sich von der Abstimmung, an ihrer Spitze von Spyrer.

In der gestrigen ordentlichen Sitzung verabschiedete die Versammlung die Vorlage bez. der Begründung einer

„Berliner städtischen Güter-G. m. b. H.“

durch Annahme der Vorlage, nachdem vorher der Ausschussvorsitz, den Vorstand der G. m. b. H. durch ein 14. Mitglied, „einen im Gemüsebau erfahrenen Landwirt“, zu ergänzen, von der großen Mehrheit gutgeheißen worden war.

Von den Kommunisten im Verein mit Dr. Köhler und Braun waren 3 Dringlichkeitsanträge vorgelegt, die die volle Entschädigung des entgangenen Arbeitsverdienstes an die Besitzer des Miteigentumsamtes, die sofortige Zahlung eines Vorschusses von 10 000 M. an alle städtischen Arbeiter und Angestellten aus Anlaß der Trennung und endlich die unverzügliche Hofentlassung des Kommunisten Dr. Rosenbergs betrafen. Sämtlichen drei Anträgen setzte die Rechte Widerspruch entgegen, so daß die Beratung verschoben werden muß.

Breiten Raum nahm in der Verhandlung die Anfrage der Sozialdemokraten ein, wie der Magistrat das am 1. Oktober d. J. in Kraft getretene

Arbeitsnachweisgesetz

in Berlin zur Durchführung zu bringen gedenke. In der Begründung nahm Gen. Haf Anlaß, den eminent sozialen Charakter des Gesetzes und die innere Haltlosigkeit der neuerdings in der bürgerlichen Presse gegen den Magistrat und seine sozialistische Mehrheit gerichteten Angriffe darzulegen. Die Schaffung eines öffentlichen Arbeitsnachweises für jedes der 20 Bezirksämter habe u. a. die „Deutsche Tageszeitung“ veranlaßt, wieder von der „sozialdemokratischen Kutterkrippe“ zu sprechen. Aber auch im „Berliner Tageblatt“ habe Dr. Michaelis die Beforgnis einer unerträglichen Büroaufblähung der öffentlichen Arbeitsnachweise geteilt und die Befürchtung, daß die Besetzung der 20 Stellen nach parteipolitischen Rücksichten erfolgen könne, noch durch die Bemerkung unterstrichen, daß Anwärter schon bereit ständen. Die Anfrage solle Klärung schaffen. Charakteristisch sei, daß der Schritt des Arbeitgeberverbandes für das Berliner Zeitungsgewerbe lediglich vom Profitinteresse diktiert wurde, da die Berliner Zeitungen den Verlust der Arbeitsmarktanzeigen verurteilen. Der Magistrat sei bei seinem Vorgehen nur seiner gesetzlichen Verpflichtung nachgekommen.

Stadtrat Brühl gab eine ausführliche Darstellung des Sachverhalts, aus dem sich ergab, daß es sich um die völlig legale Aus-

und Durchführung des Reichsgesetzes handelt, zumal schon am 26. Oktober 1921 die Versammlung die Sitzung der Deputation für Arbeit und Gewerbe genehmigt habe, worin diese Materie schon damals nahezu erschöpfend geregelt sei. Durch die neue Einteilung werde keine neue große Kostenlast der Stadt aufgebürdet, eher würden Ersparnisse eintreten. Es bestünde schon in jedem Bezirk ein solcher Nachweis, es würden also nicht 20 neue Stellen geschaffen, sondern

nur die bestehenden Einrichtungen dem Gesetz angepaßt;

der Magistrat habe weder seine Kompetenz überschritten, noch voreilig gehandelt. — In der von Lüdicke (Dnat.) beantragten Besprechung versuchte Pätz (Dnat.) den Nachweis, daß es sich um eine Ausgabe von 77 Millionen Mark handle, und erklärte die Einrichtung der 20 Bezirksarbeitsnachweise für unpraktisch und undurchführbar. — Freundlicher stellte sich zu dem Magistratsvorgehen Frau Ehler (Z.); der Demokrat Schubert gab schließlich die Anregung, dem Magistrat um eine Vorlage darüber anzugehen, was er zur Ausführung des Reichsgesetzes getan hat bzw. zu tun gedenkt. In persönlicher Bemerkung verwahrte sich Dr. Michaelis (Dem.) dagegen, daß er sich irgendwie von Rücksichten auf andere als auf öffentliche Interessen leiten lasse.

Die Erhöhung des Preises für elektrischen Strom auf 28 M. für die Kilowattstunde wurde angenommen. Inzwischen ist bereits wieder eine Dringlichkeitsvorlage der Versammlung unterbreitet, wonach zunächst bis 1. April 1923

der Elektrizitätspreis nach dem Kohlenpreis

von der Verwaltung der Städtischen Elektrizitätswerke unter Zuziehung eines Ausschusses der Versammlung festgesetzt werden soll. Die Vorlage ging nach Anerkennung der Dringlichkeit an einen Ausschuss.

Ueber die vom Magistrat beantragte und vom Oberstadtschulrat Paulsen vertretene Errichtung je einer Stadtschulinspektorstelle in Treptow und Weißensee entspann sich eine längere Auseinandersetzung, die mit der Verweisung der Sache an einen besonderen Ausschuss endete.

Hierauf gab Gen. Brühl zur Vermeidung von Mißverständnissen noch die ausdrückliche Erklärung ab, daß seine Fraktion einstimmig die Vorlage bez. die Ueberführung der Güterverwaltung in eine „Berliner städtischen Güter-G. m. b. H.“ angenommen hat.

Sehr lebendig wurde es bei der Beratung der Vorlage, welche 193 043 M. aus Vorkaufsmitteln zur Beschaffung von

Fahnen für 11-Berliner Schulen

fordert. Die 45 Fahnen sind längst von der Anfertigungsgesellschaft geliefert. Koch (Dnat.) ereiferte sich wieder einmal mahlos gegen diesen verschwenderischen Magistrat, der andererseits nicht einmal den geringsten hygienischen Erfordernissen im Schulbetrieb zu genügen vermöge. Panschow (D. Sp.) fand bittere Worte des Tadels dafür, daß der Magistrat immer häufiger die Verammlung vor vollendete Tatsachen stelle. Der Oberstadtschulrat stellte fest, daß die Anschaffung auf ministerieller Anordnung beruht, daß diese in letzter Stunde kam und daß schnell gehandelt werden mußte. Der Finanzrat sei Rechnung getragen, für 700 Schulen seien nur 45 Fahnen beschafft worden. — Müller-Franke (W. B.) lehnte aus den Motiven Panschows gleichfalls die nachträgliche Bewilligung ab. — Dörr (Komm.) hielt gerade diese Gelegenheit für günstig, an die letzten Sonntagsvorläge vor dem Ritus Buch anzuknüpfen, sich in wüsten Beschimpfungen der SPD. zu ergehen, die ihm vom Vorsteher-Stellvertreter Fabian (Dnat.) 3 Ordnungsrufe eintrugen. Trotzdem verneinte eine Mehrheit, zu der auch die Sozialdemokraten gehörten, die Frage, ob ihm das Wort zu entziehen sei, und Herr Dörr setzte sein erbärmliches Handwerk noch eine Weile fort. — Dr. Wenzl (Soz.) erklärte, die einzig richtige Antwort auf diese aufgereizten Redemontaden sei ein

kalter Wasserstrahl für den kommunistischen Krakeeler.

in der Sache selbst gab er sein Votum für die Bewilligung in dem Sinne, daß die Fahnen als Dokument für republikanische Staatseinrichtungen zu werten seien. — Mit 95 gegen 80 Stimmen erfolgte die Bewilligung.

Dem Antrag der Versammlung, das Eierum für jede Klasse der höheren Lehranstalten auf 200 M. festzusetzen, hat der Magistrat abgelehnt. — Auch hieran knüpfte sich eine erregte Debatte, in der

Stadtrat Paulsen den Magistrat verteidigte. Die Stellungnahme des Magistrats wurde zur Kenntnis genommen.

Dem Standpunkt des Magistrats in der Frage der Zuschüsse an die Privatliegenschaften stimmte die Versammlung auf Antrag Heimann-Wenzl mit der Maßgabe zu, daß nur solche Anstalten unterstützt werden sollen, welche den Abbau der Vorarbeiten vorgenommen oder eingeleitet haben.

Die Veränderung der Vergütungssteuerordnung, der Nachtrag zur Schenkungssteuer und zur Kraftfahrzeugsteuer- und Wagensteuerordnung gelangten zur Annahme.

Nach Erledigung einer großen Anzahl von Vorlagen minderer Bedeutung trat um 9 Uhr Schluß der öffentlichen Sitzung ein.

400 Proz. Personentarifserhöhung.

Die gleichen Gründe, welche für die Erhöhung der Personentarife zum 1. Oktober und 1. November d. J. bestimmend waren, nötigen, wie W. B. mittelt, zu ihrer weiteren Erhöhung am 1. Dezember d. J., womit sich auch der ständige Ausschuss des Reichseisenbahnrates grundsätzlich einverstanden erklärt hat. Die am 1. November d. J. in Kraft tretenden Fahrpreise des allgemeinen Verkehrs werden mit Wirkung vom 1. Dezember ab um weitere 100 Proz., also auf das Vierfache der vom 1. Oktober ab geltenden Tariffsätze erhöht. Die Erhöhung soll in der Weise durchgeführt werden, daß sämtliche Fahrpreise zum vierfachen Satze ihres aufgedruckten Preises verkauft werden. Eine Ueberstempelung der Fahrkarten erfolgt nicht. Die Erhöhung um 100 Proz. erstreckt sich auch auf die Schnellzugzuschläge, die Militärfahrpreise und die verschiedenen Gebührensätze, mit Ausnahme der Sätze für Gepäck und Gepäckgut. Die Gepäckfracht wird zum 1. Dezember 1922 auf 40 Pf. (bisher 15 Pf. für je 10 Kilogramm und 1 Kilometer erhöht). Die Grundsätze für die Berechnung und Aufrundung der Gepäckfracht bleiben unverändert. Die Mindestfracht wird auf 20 M. (bisher 15 M.) festgesetzt. Der Gepäcktarif entspricht jeweils dem um 50 Proz. erhöhten Gültariff. Die Gebühren für Bahnsteigarten und Erlaubnisarten zum Betreten der Bahnsteige, zum Aufgeben oder Abholen von Zeitungs- und Briefen werden gleichfalls auf das Vierfache erhöht. Ueber die Preise der Zeitkarten folgt besondere Bestimmung.

Tragödie des Hungers.

Das letzte Mittel einer verzweifelten Mutter.

Vor dem Schwurgericht beim Landgericht I habe sich eine Mutter wegen Mordes und Mordversuchs an ihren unmündigen Kindern zu verantworten. Frau Kuhnert aus Charlottenburg hatte nach früheren Selbstmordversuchen eines Tages ihre Söhnen Kurt und Alfred zu Bett gebracht, den Sackhahn aufgedreht und sich selbst in der Absicht niedergelegt, der unerträglichen Not, in der sie sich seit Jahren befand, durch Selbstmord ein Ende zu machen und dabei ihre hilflosen und kranken Kinder, für die niemand sorgen würde, mit in den Tod zu nehmen.

Der Selbstmordversuch war nicht gelungen, denn die Frau und ihr 1914 geborenes Söhnchen Kurt wurden wieder ins Leben zurückgerufen, während der jüngere, im Jahre 1917 geborene Alfred bereits tot war, als die Polizei in die Wohnung eindrang. Die tieftraurige Tat hat eine noch traurigere Vorgeschichte. Die Frau hatte gegen den Willen ihrer Eltern im Jahre 1914 einen jungen, kranken Mann geheiratet, bei dem sich später noch Nervenzerüttung und schließlich Geisteskrankheit einstellten, so daß er in einer Irrenanstalt untergebracht werden mußte, wo er während des Krieges verstarb. Sie hatte nun ganz allein für die Familie zu sorgen. In Nachtschichten verdiente sie als Fabrikarbeiterin während des Krieges einen Monatslohn von etwa 150 Mark, von dem sie damals 4 Personen ernähren mußte. Später nach dem Tod des Mannes nahm sie noch ihre alte Mutter zu sich ins Haus. Frau Kuhnert erkrankte schließlich an einem Magenleiden, wogte es aber nicht, sich krank zu melden, da die Krankenunterstützung erst nach Verlauf von drei Tagen eintreten würde. Ein Besuch, das sie der zuständigen Armenverwaltung einreichte, wurde unbefriedigend, wie der Verteidiger treffend und mit Nachdruck betonte, abgelehnt. Als die Not höher und höher stieg und ein Selbstmordversuch schon fehlgeschlagen war, kam sie schließlich zu dem Entschluß, ihn zu wiederholen und dabei die Kinder mitzunehmen. Das Gericht betonte wiederholt, daß es unter dem Zwang des Gesetzes allein zu der schwerwiegenden Anklage auf Mord und Mordversuch

88] Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

Sachawachial dachte an die vielen Male, wo dieser Mann ihm Gefälligkeiten erwiesen, und besonders an ein Mal, lange bevor Jim Hakkelt und der schwarze Joe ins Land kamen, als die Jagd fehlgeschlagen war, und er keine Barten und keine Felle bekam, womit er sich Waren kaufen konnte. Da hatte James Smith ihm den Bedarf für ein ganzes Jahr überlassen, und Sachawachial hatte ihm Freundschaft fürs Leben gelobt. Er senkte den Kopf und dachte — bittere Gedanken. Er haßte die Weißen und meinte Grund dazu zu haben. Aber war das richtig? Es gab doch gute Leute unter ihnen. War es nicht unrecht von ihm, alle zu hassen, was es nicht verkehrt? Hier stand ein Mann, sein Freund, der ihm früher geholfen hatte, sollte er ihm nun die Hilfe verweigern?

Sachawachial stand auf und gab James Smith die Hand. „Da, dich kenne ich, du bist mein Freund und hast mir manches Mal geholfen, aber alle die anderen —“

„Sie sie dir an — kennst du keinen?“

Sachawachial sah sich im Kreise der Gesichter um — ja, ja, es waren genug Bekannte darunter: der „Ranfower“-Kapitän war da und der Kapitän auf „Mary Rose“, gute Freunde beide. Mehrere erkannte er wieder. Die Steuermänner auch, das waren nicht die schlimmsten Weißen. Und er ging herum und gab ihnen die Hand: „Das ist eine schlimme Geschichte.“

„Komm an Bord, Sachawachial,“ es war wieder James Smith, der sprach, „wir kennen die Geschichte von dem schwarzen Joe und Jaturuk. Er taugt nichts und sie auch nicht! Denke nicht mehr an sie und das Böse, was sie dir angetan haben. Du kannst uns helfen, wenn du willst, und hälst du es wirklich für recht, dich an uns zu rächen, für das, was andere verbrochen haben, Sachawachial? Es gibt auch böse Eskimos!“

Da schmolz etwas in Sachawachial, sein altes Gerechtigkeitsgefühl erwachte. Weshalb sollten diese Männer darunter leiden, daß andere ihres Stammes böse waren? Das war verkehrt, böse von ihm! Er bedachte sich nicht lange, sondern hob den Kopf und sah die Weißen an. „Was wollt ihr von mir?“

„Komm an Bord,“ sagte James Smith, „dann wirst du schon sehen!“ Und sie gingen zusammen zu den Schiffen hinaus.

Erst an Bord der „Narwhale“, von allen gefolgt, in die Kajüte hinunter; der Steuermann der Schute, auch ein früherer Bekannter, lag in seiner Koje, sein Gaumen war geschwollen, bläulich, seine Augen waren matt, seine Hand war klamm, und Sachawachial wandte sich ab, aber sein Blick fiel auf einen anderen Kranken, auf einen dritten: alle Opfer des Storbuts.

Sie gingen in die Kajüte des Bootführers; alle lagen mit blauen, geschwollenen Gliedern da. Bei dem Harpunier war das gleiche der Fall. Krankheit überall, und vor der Kajüte lag über die Hälfte der Mannschaft in einer stinkenden, erstickenden Luft, arme, ausgezehnte Männer, die die Hand nach Sachawachial, der verlorperelten Gesundheit, ausstreckten.

Er senkte den Kopf: ja, sie hatten nicht überlebt, die Eskimos, die er getroffen hatte, und die vor den Schrecken an Bord und zu Land geflüchtet waren. Dies war schlimmer, als sie gelaght hatten.

Er ging mit James Smith rings herum, von Schiff zu Schiff, und sah überall Krankheit und Not, ausgemergelte, vom Tode gezeichnete Männer, die kaum den Kopf drehen mochten, als sie hörten, daß ein Fremder kam. Aber sie lebten auf, alle miteinander, wenn er wieder fort war. Was war das für ein Geräusch, das sich durch die Flotte verbreitete? War wirklich Hilfe in der Nähe? Hatte James Smith endlich einen Mann gefunden, der zu anderen Weißen fahren und von der Not ihrer Brüder berichten wollte?

Als Sachawachial wieder nach der „Narwhale“ zurückkam, begleiteten ihn James Smith und die anderen nach der Kajüte hinunter, sie setzten sich um den Tisch und schwiegen.

„Na, Sachawachial,“ fing James Smith schließlich an, „was sagst du nun?“

„Sie werden sterben,“ antwortete er „alle die mit Storbüt.“

„Ja, und viele mit ihnen,“ fiel der „Ranfower“-Kapitän ein, „nicht ein Mann von der ganzen Schar kommt mit dem Leben davon, wenn keine Hilfe gebracht wird.“

„Sachte, sachte,“ warnte James Smith auf ernstlich, „sagt mich, er kennt mich am besten und hat mir Freundschaft versprochen, das Versprechen bricht er sicher nicht.“ Und zu Sachawachial gewandt fuhr er fort: „Du weißt, Sachawachial, daß in Point Hope Weiße wohnen, die uns auch schon etwas helfen können, aber noch weiterhin liegt das Land der Weißen, von da kann die eigentliche Hilfe kommen. Wir haben versucht, Boten dorthin zu schicken, aber niemand wagt es,

niemand kann es außer dir. Jetzt hast du selbst gesehen, wie es steht, der schwarze Joe hat unrecht gegen dich gehandelt, andere Weiße vielleicht auch, aber wir doch nicht. Du hast mehrere von uns viele Jahre lang gelammt und weißt, daß wir gut sind. Willst du uns um des schwarzen Joes willen sterben lassen?“

Schweigend sah Sachawachial am Kajütenisch, er dachte an Joe und seinen Hak auf die Weißen, der ihn bies, sie ihrem Schicksal zu überlassen. Aber war das recht? Tat er nicht etwas, was schlimmer war, als der schwarze Joe getan, wenn er jetzt seine Hilfe verweigerte? Durfte er das? „Denke an deine Landsleute da drüben,“ und James Smith zeigte in der Richtung von Den Capes Wohnplatz, „die werden gleichfalls sterben, wenn keine Hilfe kommt.“

„Sie hassen den Weißen,“ sagte Sachawachial kurz und hart, „sie sagten mich aus dem Wohnplatz wie einen tollen Hund — wo sind Tom und Richard, wo ist Pips?“

„Fort, aus dem Lande, längst schon,“ antwortete James Smith, und Schweigen brütete in der dumpfen Kajüte. Man wartete gespannt auf Antwort.

„Ich habe eine Frau hier, Douglamana, eine bessere Frau als Jaturuk, was soll mit ihr geschehen?“

„Nimm sie mit oder laß sie hier; du hast etwas Fleisch auf dem Schlitte, sie mag das Ganze behalten, und wenn wir jagen können, soll sie zuerst etwas abbekommen. Du kannst dich auf mich verlassen!“ Und Sachawachial wußte, daß James Smith die Wahrheit sprach.

„Ich will mit Douglamana reden,“ sagte Sachawachial und stand auf, um zu gehen. Aber die Weißen wollten ihn nicht loslassen, sie fühlten, daß das Spiel hoff gewonnen war und fürchteten, er könnte sich unstimmen lassen, wenn er erst an Land zu seiner Frau kam. „Wir senden Nachricht an Douglamana.“

„Sach kam sie mit dem Sohne auf dem Rücken. „Ihr habt mich gerufen?“

Rasch wurde sie von der Sachlage verständigt und begriff, was man von ihrem Manne wünschte; ihre Augen wurden blank, ach, die endlosen Tage mit dem Schlitte, das war viel verlangt. Aber sie sah auf die ersten Weißen und begriff, daß viel auf dem Spiele stand. Sie senkte den Kopf. „Wie du willst, Sachawachial, aber ich komme mit!“

(Fortsetzung folgt.)

